

P r o t o k o l l

*früher
am 24/8.*

Am Sonnabend Abend hat eine eingehende Besprechung zwischen Herrn Kommerzienrat Friedrichs und Ludwig Roselius über verschiedene Angelegenheiten stattgefunden.

Der Besprechung schloss sich an am Montag eine längere Konferenz beider Herren mit dem Abgeordneten Hirsch im Hotel Habsburger Hof. Behandelt wurden folgende Angelegenheiten:

1. Auswärtige Politik:

Die in den Zeitungen als Misserfolg der Entente dargestellte griechische Politik bedeutet in Wirklichkeit eine Schlappe der deutschen Diplomatie. Die Entente hat erreicht, dass die Abgabe desjenigen Gebietes, östlich von Seres und Cavalla, welches Bulgarien unbedingt zu haben wünscht, und welches Bulgarien auch aus Billigkeitsgründen erhalten sollte, für die Griechen unmöglich gemacht wird. Bulgarien muss jetzt fürchten, dass es mit Hilfe der Centralmächte seine nationalen Wünsche nicht vollkommen erreichen wird. Der König hat sofort nach Bekanntwerden der in Griechenland, infolge des Schrittes der Entente einsetzenden Agitation den bulgarischen Unterhändler Totschkoff aus der Türkei zurückgerufen. Hierdurch wird auf's Neue die von Deutschland gewünschte politische Situation auf dem Balkan gefährdet. In diesem Zusammenhang wird auch die Berufung Venezelos für ungünstig erachtet. Die Veröffentlichungen, dass der Abschluss zwischen Bulgarien und der Türkei bereits erfolgt ist, haben sich nicht bestätigt.

Beschluss:

Herr Abgeordneter Hirsch und Herr Kommerzienrat Friedrichs veranlassen die Zusammenkunft von Ludwig Roselius mit den Herren Stresemann und Bassermann.

2. Belgische Angelegenheit:

Das Exposé von Ludwig Roselius in der belgischen Angelegenheit wird besprochen. Es wird beschlossen die Schärfe zu strei-

chen und ausserdem den Passus "Vormacht der Hohenzollern betreffend" in einer Weise zu fassen, dass der Lesende zu dem Gedanken geführt wird, ohne dass der Gedanke selbst im jetzigen Umfange niedergeschrieben ist.

3. Die Judenfrage:

Der Chef-Redakteur des Berliner Tageblattes hat sich einem Herrn des Generalstabs gegenüber geäussert, dass er sein Blatt zur Verfügung stellen würde, falls es sich darum handle, den Zuzug der Juden aus dem Osten wirksam zu bekämpfen. Für diese Stellungnahme des Herrn Wolff kann es zwei Gründe geben:

- 1.) dass zwischen ihm und dem Reichskanzler eine Einigung über das östliche Programm bereits stattgefunden hat. Wäre dies der Fall, so wäre auch die Frage berechtigt: "Welche politische Conzessionen hat Wolff für ein derartiges Zugeständnis bekommen ?
- 2.) die leitenden jüdischen Kreise in Deutschland mit denen das ganze Volk in bestem Einvernehmen lebt, fürchten die Zufuhr von Elementen, welche ihnen selbst nicht passen, und welche eventuell geeignet sind, das jetzige gute Einvernehmen zu stören.

Ganz analoge Verhältnisse haben sich in New-York zugetragen. Der Zuzug der slavischen Juden nahm überhand, die amerikanischen Juden sahen sich zum Zusammenschluss genötigt, um den schädlichen Wirkungen dieses Zuzuges entgegen zu treten.

Beschluss:

Der Grund 2 wurde als am meisten wahrscheinlich erklärt. Damit wurde anerkannt, dass sich die Frage nicht zur Verhandlung durch unser Comité eignet. Es genügt, wenn die Aufmerksamkeit der geeigneten Herren durch eine Notiz auf diese sehr wichtige Frage gelenkt wird.

4. Wirtschaftliche Organisation:

Herr von Gleichen hat im Auftrages des Generalstabes eine

Eingabe an das Kriegsministerium gemacht, durch welche eine Centralisation der wirtschaftlichen Organisation Deutschlands in der Weise gefordert wird, dass das Reichsamt des Innern dem Kriegsministerium unterstellt wird. Über die Notwendigkeit Abhilfe zu schaffen, waren sich alle Beteiligten einig.

Schritte

Es wurde verwiesen auf die ~~KARTELLIERUNG~~, welche von den Verbänden, speziell von Herrn Hugo Stinnes bereits früher in der gleichen Richtung unternommen worden sind. Der Abgeordnete Hirsch führte jedoch aus, dass im Kriegsministerium selbst sich eine Schwierigkeit gegen den Plan des Generalstabs erhoben habe durch die Schaffung der Fabriken-Abteilung.

In der Fabriken-Abteilung sei ein Herr Sichler tätig. Dieser habe durch sein anmassendes Benehmen zahlreiche führende Persönlichkeiten aus Industrie- und Handelskreisen derartig Brüschiert, dass das ganze Kriegsministerium und die Fabriken-Abteilung durch die Person des Herrn Sichler diskreditiert worden sei. Es sei deshalb ausgeschlossen, Industrie- und Handelskreise für den Gedanken zu gewinnen die Leitung in den wirtschaftlichen Fragen dem Kriegsministerium zu übertragen, es sei denn, dass die Tätigkeit des Herrn Sichler ausgeschaltet würde.

Da im allgemeinen jedoch anerkannt wurde, dass die militärischen Behörden weit weniger versagt haben als wie die Zivilbehörden, so wurde beschlossen, die Bestrebungen des Generalstabes weiter zu verfolgen und zunächst einmal festzustellen, wie die Position Sichler eigentlich entstanden und beschaffen sei.

5. Propaganda-Vorschläge von Ludwig Roselius:

Diese Frage wurde eingehend diskutiert. Herr Abgeordneter Hirsch übernimmt es, mit einigen Herren Rücksprache zu nehmen. Prinzipiell wurde anerkannt, dass die Propaganda in den Dienst der von unserer Gruppe vertretenen National-Aufgabe gestellt werden muss.

Von Einberufung einer Sitzung des ganzen Comité's wurde vor-

läufig Abstand genommen, bis eine weitere Klärung der vorher besprochenen Angelegenheiten stattgefunden hat.

N.B. Die Nachforschungen haben ergeben, dass die Äusserungen, welche kürzlich über Herrn Gewinner bekanntgegeben wurden, sich nicht mit dem Inhalt des von diesem an den Generalstab gerichteten Briefes decken. In diesem Schreiben stellt Herr Gewinner sich lediglich auf den Standpunkt, dass weder das alte noch das neue Regime der Türkei für positive Kultur-Arbeit zu gebrauchen sei. Die Schlussfolgerung überlässt er dem Leser zu ziehen.

Die Ansicht des betreffenden Herrn aus dem Generalstab, dass sich hieraus die Schlussfolgerung ergab, dass Deutschland die Türkei preisgeben sollte, kann als begründet nicht angesehen werden.

[Handwritten signature]

[Handwritten mark]